

Redeentwurf zur
Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten
„Ganztagsförderungsgesetz“
für Andreas Schwarz
14. Plenarsitzung
am Donnerstag, 7. Oktober 2021
im Landtag von Baden-Württemberg

Zeit: TOP beginnt 9.30 Uhr

Rededauer: 10 Minuten (Ziel: etwa 8 Minuten)

Redereihenfolge:

MP, FDP/DVP, GRÜNE, CDU, SPD, AfD

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin, / Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich direkt am Anfang festhalten:

Die Ganztagesbetreuung an den Grundschulen auszubauen, das ist eine wichtige Aufgabe:

- **wichtig für Kinder,**
- **wichtig für Familien,**
- **wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

Daher begrüßen wir, dass Bund und Länder zu einer Einigung gefunden haben.

Also: ein klares „Ja“ zum Ausbau der Ganztagesbetreuung!

Ein klares „Ja“ zum Rechtsanspruch auf Ganztage in der Grundschule!

Ebenso klar widerspreche allen, die uns hier zögern vorwerfen.

In den Bund-Länder-Verhandlungen hat unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann stets die Interessen unseres Landes eingebracht.

Und er hat unsere Interessen sehr gut vertreten!

Er hat das getan, was der Amtseid gebietet.

Er hat auf das Wohl des Landes geschaut.

Und da geht es nun einmal nicht, dass der Bund die zuckersüße Torte ins Schaufenster stellt, und beim Bezahlen dann in die Hosentaschen der Länder greift.

So miteinander umzugehen, das gehört sich nicht!

Ich hoffe, dass das mit der neuen Bundesregierung besser wird.

Ich habe das schon letzte Woche angesprochen:

Uns Grünen ist es wichtig, dass die neue Bundesregierung die Frage der föderalen Finanzströme noch einmal angeht.

Weg von der Programm- und Projektfinanzierung.

Weg von Schein-Lösungen, die nur eine begrenzte Zeit halten.

Weg vom Hineinregieren in Länderkompetenzen!

Hin zu Verlässlichkeit bei den Finanzen zwischen Bund und Ländern!

Das heißt: Wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung der Länder für ihre Aufgaben.

Schließlich sind die Länder eigenständige Einheiten.

Wenn immer mehr Bundesprogramme kofinanziert werden müssen, schwindet der politische Spielraum in den Ländern.

Am Schluss bleibt es bei der reinen Umsetzung von Vorgaben.

Das ist nicht unser Verständnis von Politik! Wir sind keine reinen Verwalter für Bundesprogramme!

Das ist nicht unser Verständnis von Föderalismus!

Deshalb unterstütze ich den Vorschlag des Ministerpräsidenten:

Es geht darum, dass Bund und Länder sich zusammensetzen und vernünftig klären, wie die gewachsenen Aufgaben der Länder finanziert werden können.

Nicht temporär, sondern dauerhaft.

Ein Weg dazu könnte darin liegen, die Umsatzsteuer neu zwischen Bund und Ländern zu verteilen – wie es Ministerpräsident Kretschmann eben ausgeführt hat.

Das ist ein vernünftiger Weg.

Das ist der richtige Weg, um den gewachsenen Aufgaben der Länder entsprechende Mittel gegenüber zu stellen.

Für diesen Weg setzen wir uns ein!

Davon hat der Bund etwas – weil dann nicht jedes Mal der Vermittlungsausschuss angerufen werden muss, wenn Ländern neue Aufgaben zugemutet werden sollen.

Und davon haben die Länder etwas, denn so bleibt den Ländern der Gestaltungsspielraum erhalten.

Ich setze darauf, dass die neue Bundesregierung dieses Thema anpacken wird. Zeit dafür ist es längst!

Meine Damen und Herren,

der Rechtsanspruch auf Ganzttag in der Grundschule ist richtig.

In einem modernen Sozialstaat ist das von herausragender Bedeutung!

Denn wir leben im 21. Jahrhundert.

Es ist für viele Familien heute völlig selbstverständlich, dass beide Elternteile berufstätig sind! Oder dass Alleinerziehende Familie und Job unter einen Hut bringen müssen.

Und es ist für viele Kinder heute schon Alltag, dass die Schule eben nicht um 12.30 Uhr aufhört, sondern bis in den Nachmittag geht.

Im 21. Jahrhundert ist Ganztage nicht nur eine
Betreuungsfrage. **Das wäre deutlich zu kurz gegriffen.**

Denn Ganztage ist dann pädagogisch sinnvoll, wenn der Tag einen
Rhythmus hat, wenn sich Zeiten zum Lernen und Zeiten zum Spielen
abwechseln.

Für Kinder ist die Schule ein Lebensort. Ein Lernort, ein Ort vielfältiger
Aktivitäten. Ein Ort, an dem Freundinnen und Freunde sind. An dem
gerne gegessen wird. An dem Sport stattfindet.

All das berücksichtigen gut aufgestellte Ganztageschulen.

Und zu einem so gestalteten Ganztage gehört ganz selbstverständlich die
Einbindung externer Angebote.

**Musikschulen, Kunstschulen, Vereine – all das macht den Ganztage
erst vielfältig und lebendig.**

Und im 21. Jahrhundert ist Ganztagesbetreuung auch eine Wirtschaftsfrage. Eine Frage eines erfolgreichen und wettbewerbsfähigen Standorts.

Uns wird aus Wirtschaftskreisen immer wieder vorgetragen, dass es einen Fachkräftemangel gibt. Dass er sich weiter verschärft.

Als Politik reagieren wir darauf.

Mit einem breiten Ganztagsangebot unterstützen wir Eltern, die Kinder und Berufstätigkeit vereinbaren möchten.

Nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum, wo unsere Weltmarktführer sitzen.

Damit trägt der Rechtsanspruch auf Ganzttag dazu bei, dass Arbeiten in Baden-Württemberg attraktiv bleibt.

Das gehört zu einem modernen und starken Land dazu!

Meine Damen und Herren,

schon 2012 haben wir die Weichen für den Ausbau der frühkindlichen Bildung gestellt.

2014 haben wir – gemeinsam mit der SPD – die Ganztagesgrundschule in Baden-Württemberg gesetzlich verankert.

Und wir haben 2019 mit dem „Qualitätsrahmen Ganztagschule“ allen Schulen konkrete Hinweise an die Hand gegeben, um Qualität an Ganztagschulen zu leben.

Wir sind, das gehört zur Ehrlichkeit dazu, bei der Ganztagesbetreuung noch nicht ganz vorne mit dabei.

Der nächste Schritt ist es jetzt, gemeinsam mit den Kommunen den Rechtsanspruch umzusetzen.

Das ist ein weiterer Meilenstein für unser Land.

Und das ist eine Aufgabe, die auf das Land und auf unsere Kommunen zukommt. Wir bilden hier eine Verantwortungsgemeinschaft.

Nur durch den Kompromiss, den Ministerpräsident Kretschmann hier errungen hat, wird das zu einer machbaren Aufgabe, die **weder** die Kommunen **noch** uns als Land überfordert.

Und deswegen war es richtig, dass der Ministerpräsident hier hart dafür gekämpft hat, mehr Ausgewogenheit zu erreichen.

Das ist gelungen. Der Bund übernimmt jetzt einen deutlich höheren Anteil der Kosten für den Aufbau und für den Betrieb. Und das jedes Jahr!

Und das ist ein Erfolg unseres Ministerpräsidenten!

Das ist eine gute Nachricht.

Für das Land und für die Kommunen.

Für Kinder und Eltern.

Nur so ist der Rechtsanspruch umsetzbar – und bleibt eben kein ungedeckter Scheck!

Meine Damen und Herren,

wir leben im 21. Jahrhundert.

Wir leben in einem modernen Staat.

Die Vereinbarkeit von Familie und Berufe sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Sie ist es noch nicht.

Deswegen geben wir jetzt Vollgas beim Ausbau der Ganztagsplätze.

Ministerpräsident Kretschmann hat dafür mit großer Beharrlichkeit einen Weg gebahnt.

Das war undankbar, aber notwendig!

Über das konkrete Gesetz hinaus geht es um die Frage der Finanzströme zwischen dem Bund und den Ländern.

Wir sind hier klar aufgestellt.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Handlungsspielräume der Länder nicht weiter eingeschränkt werden.

Und das heißt, dass Vorhaben des Bundes ordentlich durchfinanziert sein müssen.

Die neue Bundesregierung muss das jetzt gemeinsam mit den Ländern angehen!

Herzlichen Dank!